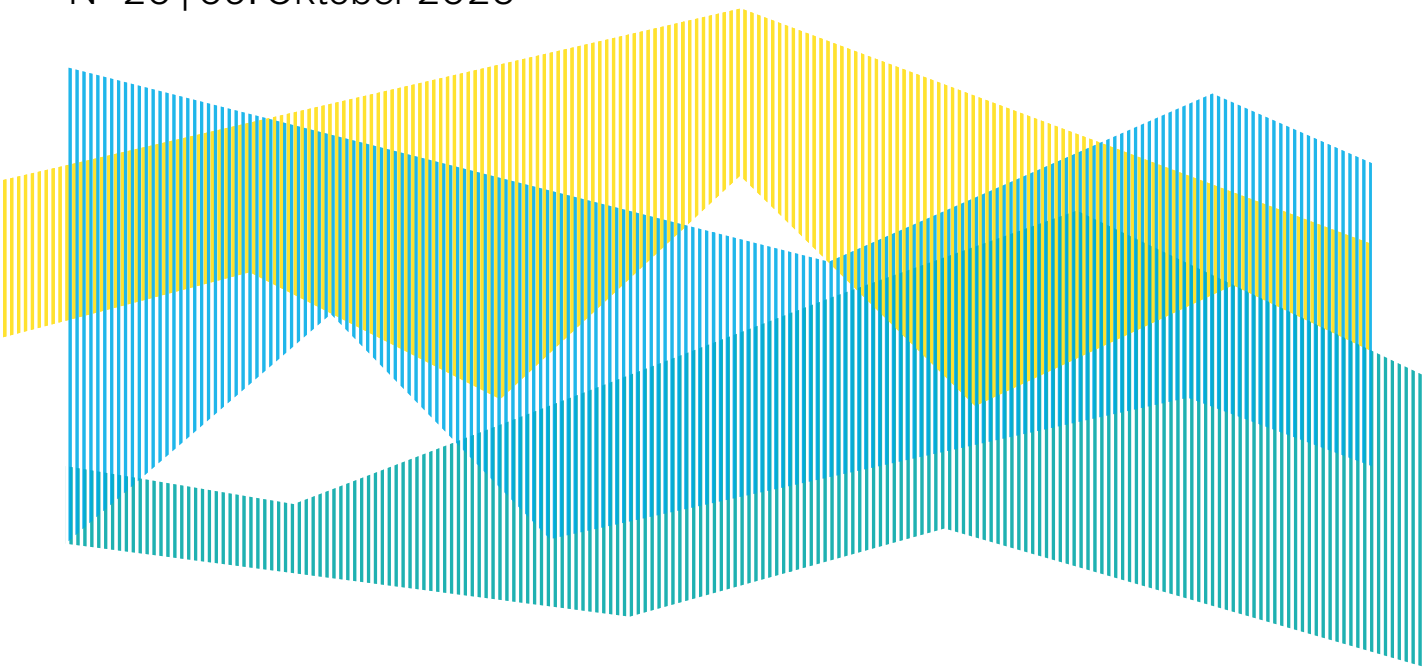
Policy Paper
N° 20 | 09. Oktober 2025

Universität Konstanz



Ungleichheitsbarometer – Ungleichheit und soziale Mobilität

Autor:innen

Marius R. Busemeyer
Felix Jäger

Sinkendes Vertrauen, zunehmende Ungleichheit? Die Performanz des deutschen Sozialstaats im Spiegel der öffentlichen Meinung

Zusammenfassung

Der Sozialstaat genießt in Deutschland eine hohe Unterstützung in der Bevölkerung, da er soziale Risiken abfedert und so Legitimität der Demokratie stärkt. Gleichwohl ist das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in den Sozialstaat nachhaltig erschüttert, wie dieses Policy Paper mithilfe aktueller Umfragedaten des Konstanzer Ungleichheitsbarometers zeigt. Besonders geringes Vertrauen haben die Befragten hinsichtlich der langfristigen Finanzierbarkeit von Rente und Gesundheitsversorgung; sie sehen auch große Defizite bei der Verteilungsgerechtigkeit im und durch den Sozialstaat. Eine Vertrauenskrise des Sozialstaats kann langfristig das Vertrauen in die Demokratie unterminieren. Die Ergebnisse unterstreichen daher die Notwendigkeit politischer Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens in staatliche Institutionen und demokratische Prozesse.

Weitere Policy Papers des Clusters „The Politics of Inequality“
→ **https://www.exc.uni-konstanz.de/ungleichheit/forschung/publikationen/policy-papers/**

DAS PROGRESSIVE ZENTRUM

Cluster of Excellence
The Politics of Inequality

Konstanzer Online-Publikations-System (KOPS)
URL: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-2-1xg0ab22d9stt9

Zur Umfrage
Die hier präsentierten Daten wurden im Rahmen einer Online-Befragung der über-18-jährigen Wohnbevölkerung in Deutschland durch die Umfragefirma Verian (ehemals Kantar) erhoben. Die Erhebung fand zwischen dem 11. November und 5. Dezember 2024 statt. Insgesamt nahmen 6.152 Befragte teil. Die Daten sind quasi repräsentativ; verbleibende Abweichungen werden durch Gewichtung ausgeglichen. Wenn in der Befragung von Einkommen gesprochen wird, beziehen wir uns auf das Netto-Einkommen von Haushalten in Deutschland, zu dem Lohn/Gehalt, Rente/Pension, Kindergeld und andere Einkünfte zählen, jeweils nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Die Befragten wurden in der Umfrage über diese Definitionen informiert.

Der Sozialstaat in Deutschland sowie in anderen Ländern erfreut sich weithin einer hohen Beliebtheit und breiter Unterstützung durch Politik und Gesellschaft. Sozialpolitische Programme wie Rente, Gesundheit, Arbeitsmarkt- sowie Bildungs- und Familienpolitik federn die negativen Auswirkungen von wirtschaftlichen Krisen und sozialen Risiken auf der individuellen und kollektiven Ebene ab. Durch diese mehr oder weniger umfassende Absicherung sichert der Sozialstaat die politische Legitimation der demokratischen Marktwirtschaft und generiert langfristiges Vertrauen der Bürger:innen in das politische System.[1]

Im Umkehrschluss bedeutet dies jedoch auch, dass ein Verlust des Vertrauens in die Funktionsfähigkeit und Fairness des Sozialstaats Rückwirkungen auf das Vertrauen der Bürger:innen in Staat und Demokratie haben könnte.[2] Der Sozialstaat trägt einerseits durch soziale Transfers und Dienstleistungen wesentlich zur Reduzierung von sozialer und ökonomischer Ungleichheit bei;[3] er kann jedoch selbst auch neue Verteilungskonflikte erzeugen – insbesondere in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte. Wenn die (Um-)Verteilung von Ressourcen durch den Sozialstaat als unfair, ineffizient oder langfristig nicht finanzierbar wahrgenommen wird, erodiert das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates und damit auch das Vertrauen in die Politik.

Dieses Policy Paper untersucht mit Umfragedaten aus der neuesten Welle des Konstanzer Ungleichheitsbarometers (siehe Infobox für Details) die individuellen Wahrnehmungen der deutschen Wohnbevölkerung hinsichtlich der Fairness und Performanz des deutschen Sozialstaates. Generell zeigen die Daten, dass die Bürger:innen seine langfristige Nachhaltigkeit ausgesprochen kritisch sehen. Dies gilt in besonderer Weise für die Bereiche Rente und Gesundheitsversorgung. Die Befragten nehmen außerdem starke Defizite in Bezug auf die Verteilungsgerechtigkeit innerhalb des Sozialstaates wahr. Wir diskutieren die politischen Implikationen dieser Befunde im abschließenden Abschnitt dieses Papiers.

Wahrgenommene unfaire Behandlung in Politik, Wirtschaft und Sozialstaat

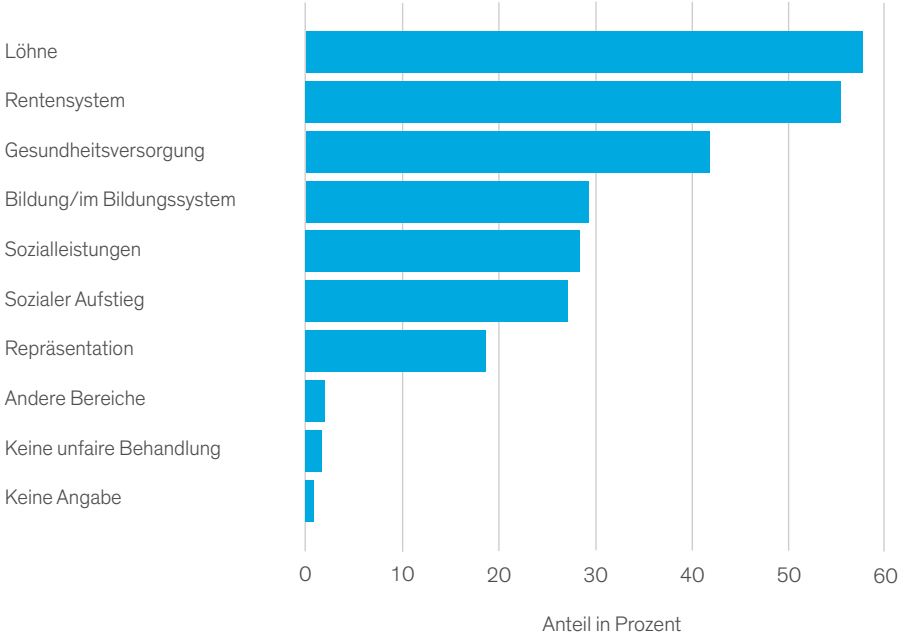
In einem ersten Schritt nähern wir uns dem Thema mit einer relativ breiten Perspektive: Es geht um die Frage, wie und wo die Befragten ungleiche Behandlung wahrnehmen, die zugleich auch als unfair betrachtet wird. Hierbei haben die Befragten die Auswahl zwischen verschiedenen Bereichen, die neben dem Sozialstaat (Rente, Gesundheitsversorgung, Bildung, Sozialleistungen) auch Wirtschaft (Löhne und Arbeitsmarkt) und Politik (Repräsentation) umfassen. Diese breite Perspektive erlaubt es zu verstehen, inwiefern die Bürger:innen den Sozialstaat als Verursacher unfairer Behandlung wahrnehmen statt als Korrekturmechanismus von Marktungleichheit.

In der spezifischen Fragestellung hatten die Befragten die Gelegenheit, bis zu drei Bereiche anzugeben, „von denen [sie] glauben, dass in diesen Bereichen in Deutschland eine besonders unfaire Behandlung herrscht". Abbildung 1 zeigt den Anteil der Befragten, die im Rahmen ihrer (bis zu) drei Antwortmöglichkeiten den jeweiligen Bereich genannt haben. An erster Stelle steht – wenig überraschend – der Bereich Löhne, da hier über den Arbeitsmarkt ein hohes Maß an ökonomischer Ungleichheit generiert wird, die offensichtlich auch zu einem gewissen Grad als unfair wahrgenommen wird. Auf Platz zwei und drei folgen zwei sozialpolitische Schwergewichte: die Bereiche Rente und Gesundheitsversorgung. Dies ist

1 Kumlin, Staffan, Isabelle Stadelmann-Steffen and Atle Haugsgjerd. 2017. „Trust and the Welfare State." S. 385-408 in: The Oxford Handbook of Social and Political Trust, hg. von E. M. Uslaner. Oxford: Oxford University Press.
2 Haugsgjerd, Atle and Staffan Kumlin. 2020. „Downbound Spiral? Economic Grievances, Perceived Social Protection and Political Distrust." West European Politics 43(4):969-90.
3 Huber, Evelyne and John D. Stephens. 2024. Challenging Inequality: Variation across Postindustrial Societies. Chicago: University of Chicago Press.

erstaunlich, da objektiv betrachtet andere Bereiche des Sozialstaates (z. B. Sozialleistungen) ebenso plausibel als Beispiele für unfaire Behandlung herangezogen werden könnten. Zudem gilt im Bereich Rente das Prinzip der Äquivalenz zwischen eingezahlten Beiträgen und ausgezahlten Renten – und damit rein objektiv betrachtet ein recht hohes Maß an Leistungsgerechtigkeit. In der Gesundheitsversorgung bspw. dominiert im Gegensatz dazu das Prinzip der Bedarfsgerechtigkeit in dem Sinne, dass die Leistungen normiert sind, die absolute Höhe der Beiträge aber variiert. Dies gilt allerdings nur für die gesetzliche Krankenversicherung – und es könnte genau der Unterschied zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung im Hinblick auf Zugang zu Leistungen, Verfügbarkeit von Terminen und Behandlungsmöglichkeiten sein, der als unfair wahrgenommen wird.

Abbildung 1: Wahrgenommene unfaire Behandlung in verschiedenen Bereichen

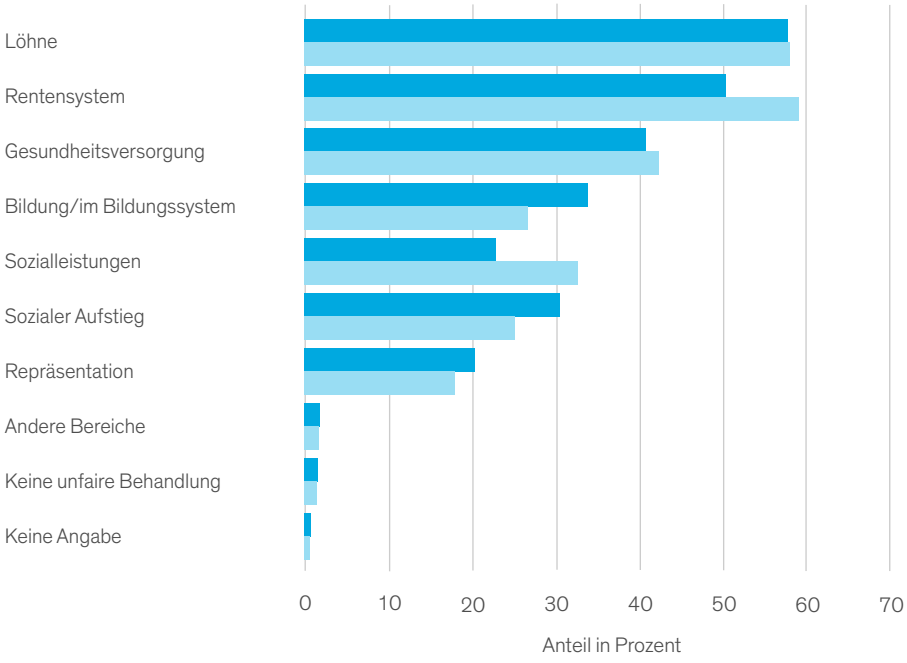


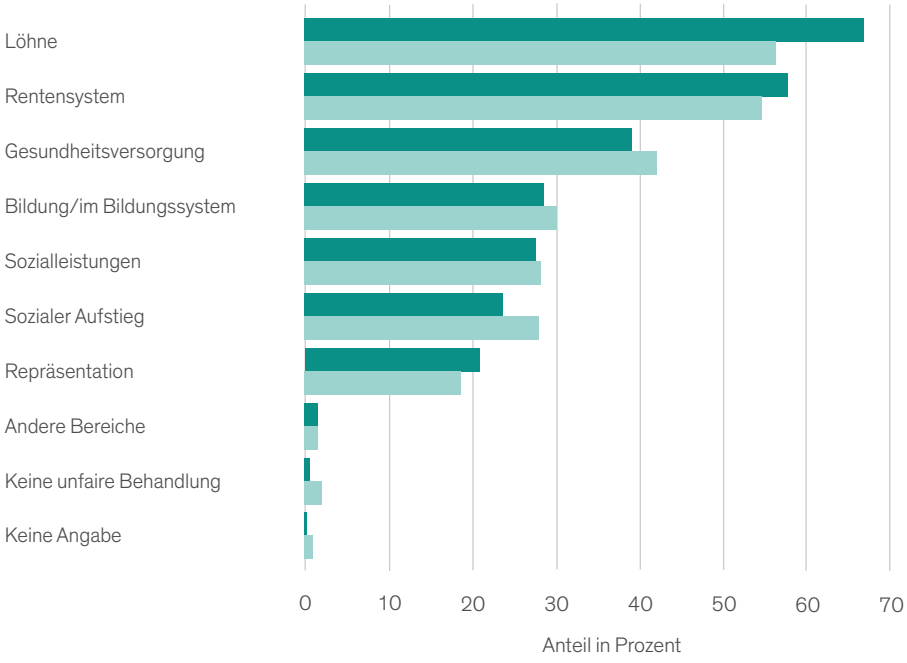
Die Daten erlauben keine direkten Rückschlüsse darauf, welche Aspekte der genannten Bereiche die Befragten konkret als unfair wahrnehmen. Eine deskriptive Untersuchung der Zusammenhänge mit den individuellen Eigenschaften der Befragten liefert aber gewisse Anhaltspunkte für Antworten auf diese Frage (siehe Abbildung 2). Zum Beispiel nehmen Befragte mit geringem Einkommen in besonderer Weise eine unfaire Behandlung im Bereich Rente wahr – möglicherweise aus Sorge davor, dass ihre geringen Einkommen nicht ausreichen, um im Alter eine ihren Lebensstandard sichernde Rente zu erreichen. Menschen mit geringem Einkommen nehmen außerdem im Bereich der Sozialleistungen in stärkerem Maße eine unfaire Behandlung wahr – potenziell aus dem Grund, dass sie sich nicht ausreichend vom Sozialstaat unterstützt fühlen. Im Gegensatz dazu nehmen Menschen mit hohen Einkommen vor allem eine unfaire Behandlung in den Bereichen Bildung und sozialer Aufstieg wahr. Dies könnte damit zusammenhängen, dass Individuen, die selbst höhere Bildungsabschlüsse (und Einkommen) haben, sensibler auf bildungsbezogene Ungleichheiten reagieren. Es könnte aber auch damit zu tun haben, dass Bildungsaufsteiger von den begrenzten Möglichkeiten ihres eigenen Aufstiegs enttäuscht sind. Abbildung 2 zeigt zudem Unterschiede zwischen Befragten in Ost- und Westdeutschland, die insgesamt allerdings eher gering ausfallen: Demnach nehmen Befragte in Ostdeutschland stärker eine unfaire Behandlung in den Bereichen Löhne, Rente und Repräsentation wahr als Befragte in Westdeutschland.

Abbildung 2: Zusammenhang zwischen wahrgenommener unfairer Behandlung, Einkommen und Wohnort (Ost- vs. Westdeutschland)

Nach Einkommen
- Hoch
- Niedrig

Nach Herkunft
- Ost
- West



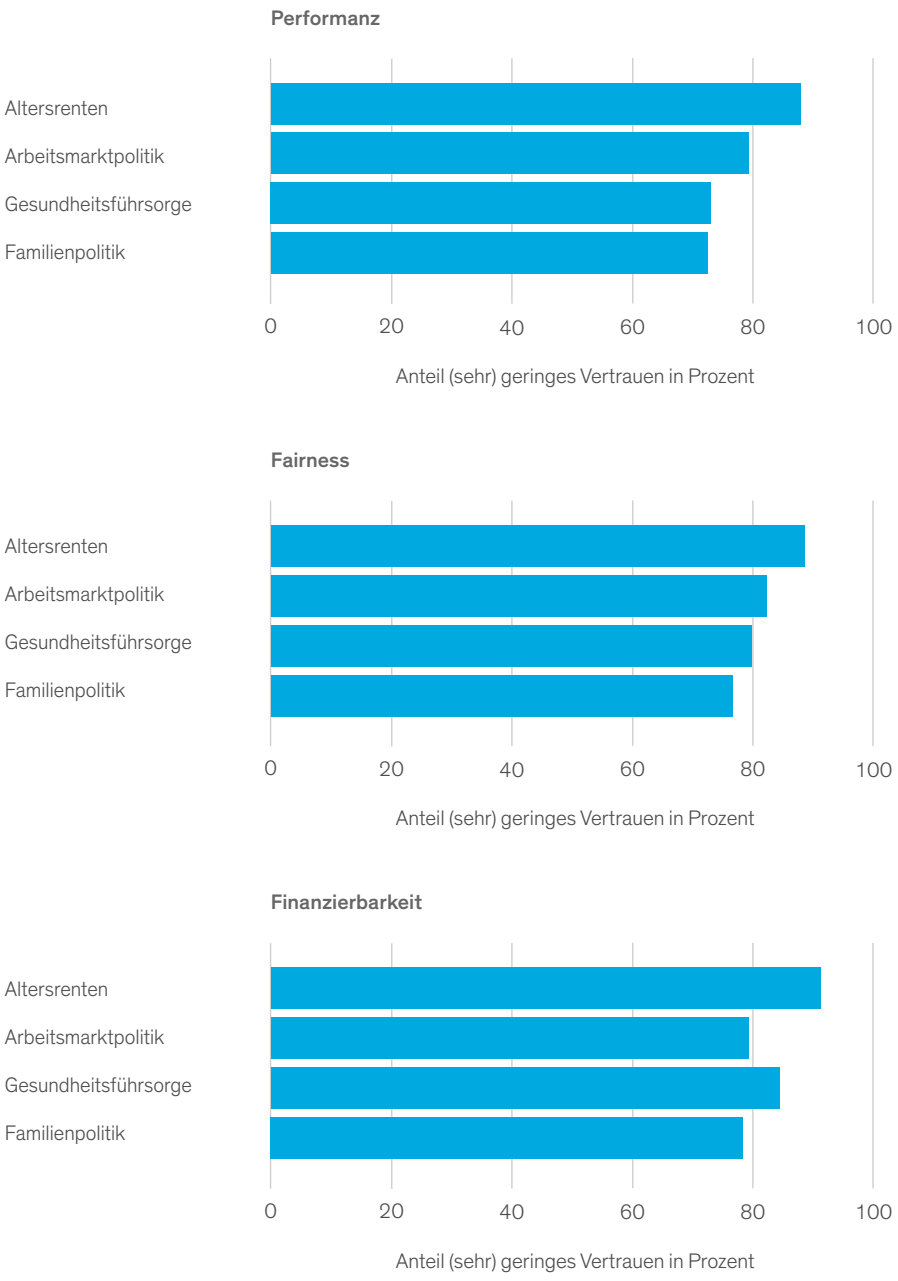


Langfristiges Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des deutschen Sozialstaates

Im nächsten Schritt betrachten wir das Vertrauen der Befragten in die langfristige Funktionsfähigkeit, Finanzierbarkeit und Fairness des deutschen Sozialstaates. Hierbei geht es also weniger um die Frage, inwiefern der Sozialstaat kurzfristig auf wirtschaftliche Krisen und Schocks reagiert (was zweifelsohne auch eine wichtige Fragestellung ist), sondern um die Erfassung der Performanz- und Fairnesswahrnehmungen der Bürger:innen in einer langfristigen Perspektive. Von Interesse ist außerdem, ob die Befragten zwischen unterschiedlichen Teilbereichen des Sozialstaates differenzieren oder ob sie ein eher pauschales Urteil über die verschiedenen Teilbereiche hinweg fällen.

Das Konstanzer Ungleichheitsbarometer misst das Ausmaß des langfristigen Vertrauens der Befragten im Hinblick auf drei unterschiedliche, aber verwandte Aspekte: (1) generelle Einschätzungen dazu, „ob der Sozialstaat seine Aufgaben gut erfüllen kann“ (allgemeine Performanzwahrnehmungen); (2) Vertrauen in die gerechte Verteilung von sozialpolitischen Leistungen in den verschiedenen Teilbereichen des Sozialstaates (Fairness-Wahrnehmungen); und (3) Vertrauen in die langfristige Finanzierbarkeit der Teilbereiche. Abbildung 3 zeigt den Anteil der Befragten, die ein geringes oder sehr geringes Vertrauen in die Erfüllung der drei Aspekte (Performanz, Fairness, Finanzierbarkeit) haben.

Abbildung 3: Vertrauen in Performanz, Fairness und Finanzierbarkeit der Teilbereiche des Sozialstaates

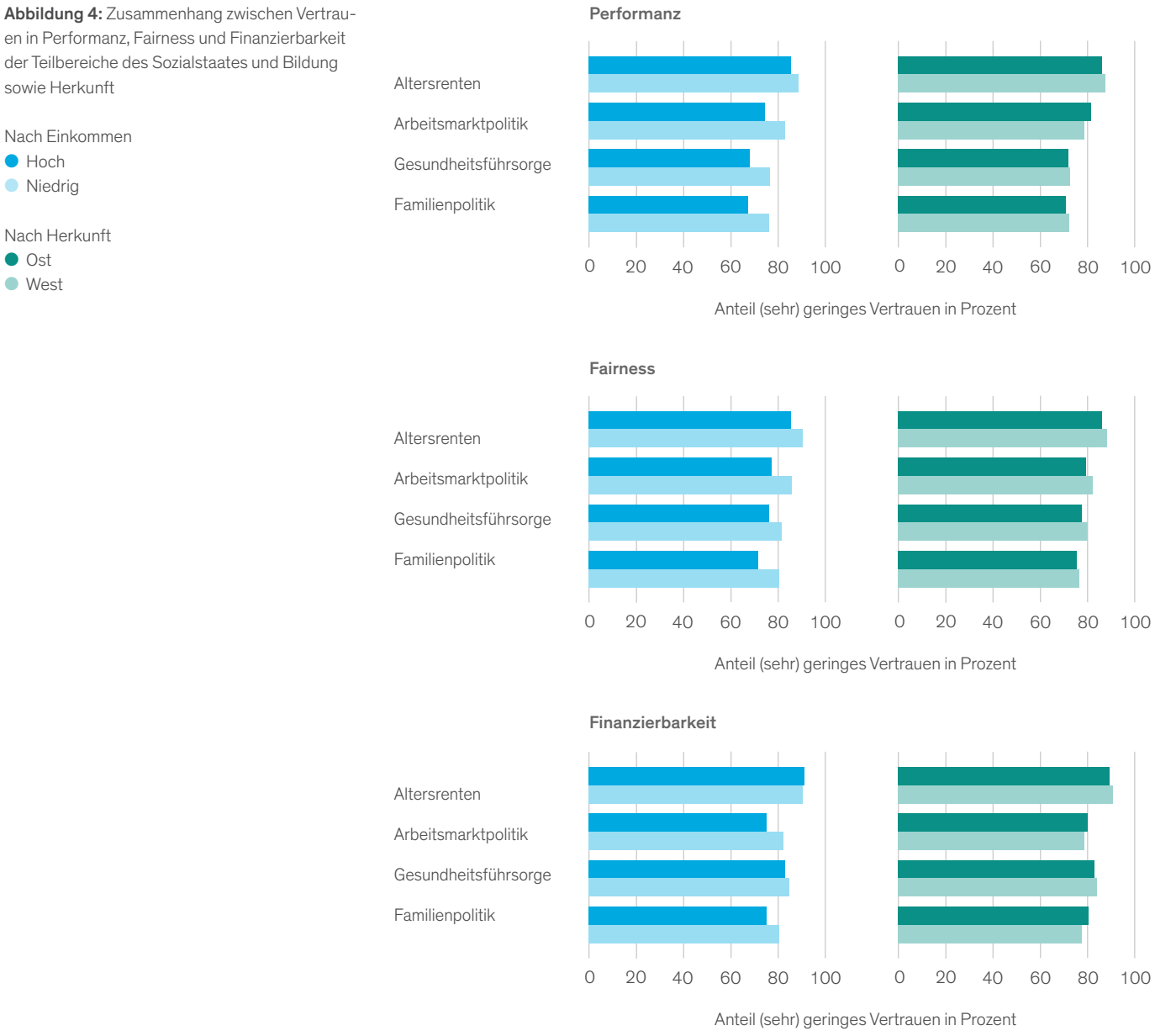


Die Ergebnisse dieser Analyse vermitteln eine klare Erkenntnis: Generell herrscht unter den Befragten ein geringes bis sehr geringes Vertrauen in die Leistungsfähigkeit, Fairness und langfristige Finanzierbarkeit des deutschen Sozialstaates. Mehr als 70 Prozent der Befragten haben ein (sehr) geringes Vertrauen in diese verschiedenen Aspekte des Sozialstaates. Zudem ist die Reihung der Teilbereiche

über die verschiedenen Dimensionen hinweg sehr ähnlich: Die höchste Skepsis zeigt sich im Bereich der Altersrenten, der Teilbereich der Familienpolitik steht relativ betrachtet am besten da. Die Bereiche Gesundheit und Arbeitsmarktpolitik liegen zwischen diesen beiden Extremen. Trotz dieser Unterschiede ist das Vertrauen auch dort, wo es am stärksten ausgeprägt ist – im Bereich Familienpolitik – eher gering. Auffallend ist auch, dass es wieder der Bereich Rente ist, der – wie bei der ersten, oben diskutierten Frage – besonders negativ eingeschätzt wird sowohl die generelle Performanz, als auch die Fairness der Versorgung betreffend.

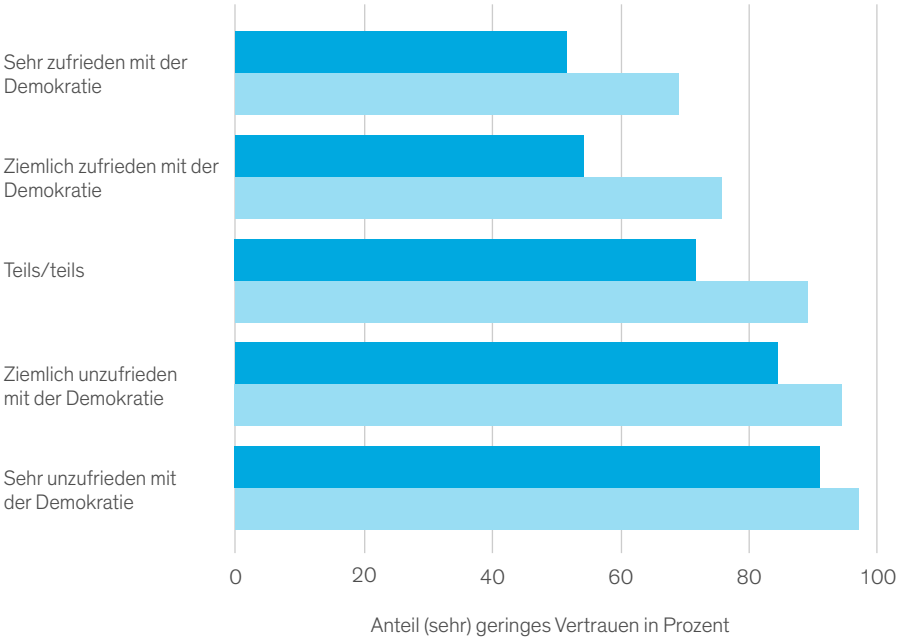
In Abbildung 4 wird das Vertrauen in die Performanz, Fairness und Finanzierbarkeit des Sozialstaates nach Einkommen und Herkunft der Befragten aufgeschlüsselt. Auf der linken Seite der Abbildung zeigt sich ein konstantes Bild über die verschiedenen Teilbereiche des Sozialstaates hinweg: Befragte mit geringerem Einkommen (weniger als der Durchschnitt) zeigen in fast allen Fällen ein signifikant geringeres Vertrauen. Auf der rechten Seite der Abbildung mit der Unterscheidung nach Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland zeigen sich nur geringe Unterschiede, wobei das Misstrauen gegenüber dem Sozialstaat in Ostdeutschland in vielen Fällen leicht höher ausfällt.

Abbildung 4: Zusammenhang zwischen Vertrauen in Performanz, Fairness und Finanzierbarkeit der Teilbereiche des Sozialstaates und Bildung sowie Herkunft



Das erodierende Vertrauen in Funktionsfähigkeit, Fairness und langfristige Finanzierbarkeit des deutschen Sozialstaates hat weitreichende Implikationen. Wenn – aus Sicht der Befragten – der Sozialstaat nicht (mehr) leistungsfähig ist und Ungleichheit verstärkt, statt diese abzubauen, könnte das mit einer Erosion des allgemeinen politischen Vertrauens einhergehen. Abbildung 5 unterstreicht eindrucksvoll diesen vermuteten Zusammenhang. Sie zeigt den Zusammenhang zwischen den allgemeinen Performanzwahrnehmungen in den Bereichen Altersrente (dem „worst case" aus Abbildung 3) und Familienpolitik (dem „best case" aus Abbildung 3) auf der einen Seite und dem Ausmaß der Zufriedenheit der Befragten mit „der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht". Hier zeigt sich ein klar negativer Zusammenhang – und zwar in gleicher Weise für beide Teilbereiche: Ein geringes Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Sozialstaates geht einher mit einer geringeren Zufriedenheit mit der Demokratie im Allgemeinen, was eindrucksvoll die legitimatorische Bedeutung der Sozialpolitik unterstreicht. Ein funktionierender Sozialstaat stabilisiert Vertrauen in demokratische Politik; ebenso aber können wahrgenommene Defizite der Sozialpolitik sich negativ auf das Grundvertrauen in die Demokratie auswirken.

Abbildung 5: Zusammenhang zwischen Performanzwahrnehmungen und Demokratiezufriedenheit



Relative Bevorzugung und Benachteiligung von Gruppen

In einem letzten Schritt betrachten wir Wahrnehmungen hinsichtlich der Verteilungsgerechtigkeit des Sozialstaates in Bezug auf unterschiedlichen Gruppen von Nutznießer:innen und Empfänger:innen verschiedener sozialstaatlicher Leistungen. Die Sozialpolitik-Forschung hat eindrucksvoll nachgewiesen, dass Wahrnehmungen der „Verdienstlichkeit" („deservingness") eine große Rolle spielen für die Frage, ob sozialstaatliche Programme von der Öffentlichkeit unterstützt werden oder nicht. Sozialprogramme und Dienstleistungen, die sich an „verdienstvolle" Gruppen richten, werden eher unterstützt als solche, die sich an Gruppen richten, die als „undankbar" wahrgenommen werden.[4] Ob eine Gruppe als verdienstvoll wahrgenommen wird oder nicht, hängt zum einen von objektiven Kriterien ab (wie zum Beispiel der Bedürftigkeit, dem Engagement des Leistungsempfängers, aus seiner Notsituation herauszu-

[4] Van Oorschot, Wim. 2006. „Making the Difference in Europe: Deservingness Perceptions among Citizens of European Welfare States." Journal of European Social Policy 16(1):23-42.

kommen, der Identität des Empfängers und anderen Faktoren), aber auch davon, wie politische Akteure die Bedürftigkeit und Anspruchsberechtigung von unterschiedlichen Gruppen in politischen Diskursen „framen".[5]

Im Konstanzer Ungleichheitsbarometer haben wir den Bürger:innen eine Reihe von Gruppen genannt und sie gefragt, inwiefern Angehörige dieser Gruppen vom Sozialstaat das bekommen, „was ihnen zusteht". Hierbei wurde bewusst offengelassen, welche konkreten Leistungen der Sozialstaat für die jeweiligen Gruppen erbringt, denn es geht hierbei eher um abstraktere Einschätzungen zur wahrgenommenen Fairness des Sozialstaates. In diesem Sinne müssen diese subjektiven Wahrnehmungen auch nicht unbedingt der objektiven Realität entsprechen. Sie sind jedoch von entscheidender Bedeutung im Hinblick auf die politische Willensbildung und Wahlentscheidungen. Die Befragten konnten ihre Antworten auf einer 5er-Skala verorten, die von „bekommen viel weniger als ihnen zusteht" bis „bekommen viel mehr als ihnen zusteht" reicht.

Abbildung 6: Subjektive Wahrnehmung der relativen Benachteiligung und Bevorzugung unterschiedlicher Gruppen durch den Sozialstaat

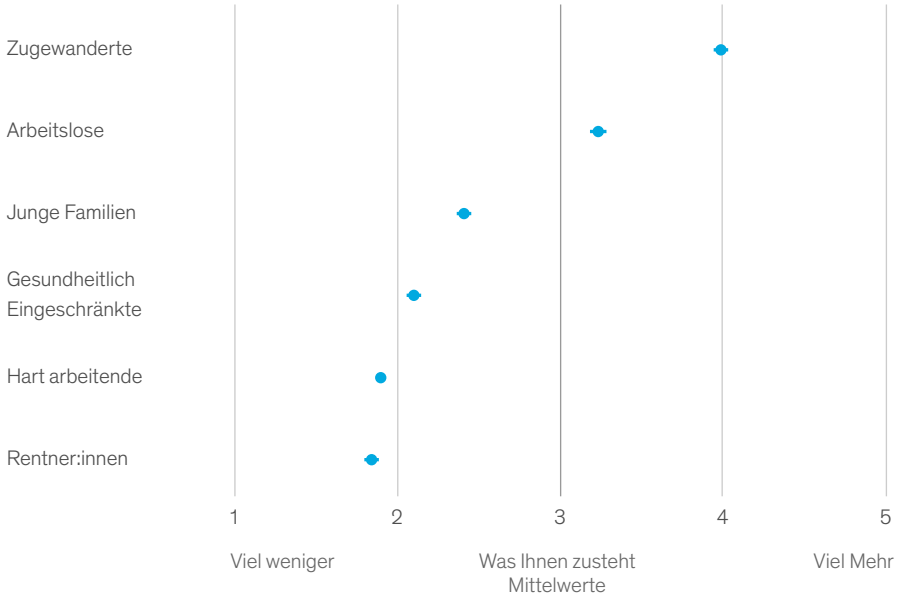


Abbildung 6 zeigt den Durchschnitt der Antworten über alle Befragten hinweg an. Werte über dem Mittelpunkt der 5er-Skala (3) zeigen an, dass die Befragten für die jeweilige Gruppe eine (unfaire) Bevorzugung durch den Sozialstaat wahrnehmen; Werte unter dem Mittelwert stehen für eine wahrgenommene Benachteiligung bzw. unfaire Behandlung. Eine erste wichtige Beobachtung ist, dass über alle Gruppen hinweg betrachtet die Befragten ein gewisses „Sozialstaatsdefizit" in dem Sinne wahrnehmen, dass der Sozialstaat nicht dafür sorgt, dass die Menschen n Deutschland das bekommen, was ihnen eigentlich zusteht (d. h. der Durchschnittswert über alle Gruppen hinweg liegt unter dem Mittelwert der Skala). Ob es sich hierbei um ein echtes Gerechtigkeitsdefizit handelt oder eher um eine Art strukturelle Unzufriedenheit einer saturierten Wohlstandsgesellschaft, kann nicht abschließend beurteilt werden. Auffällig ist jedoch die Parallele zu den oben diskutierten Befunden eines geringen Vertrauens in die Performanz des Sozialstaates.

Die in der Abbildung dargestellten Ergebnisse offenbaren außerdem große Unterschiede zwischen den untersuchten Gruppen, die auffällig übereinstimmen mit bekannten Mustern der „derservingness"-Wahrnehmungen. So werden vor allem Zugewanderte und Geflüchtete sowie Arbeitslose als Gruppen betrachtet, die vom

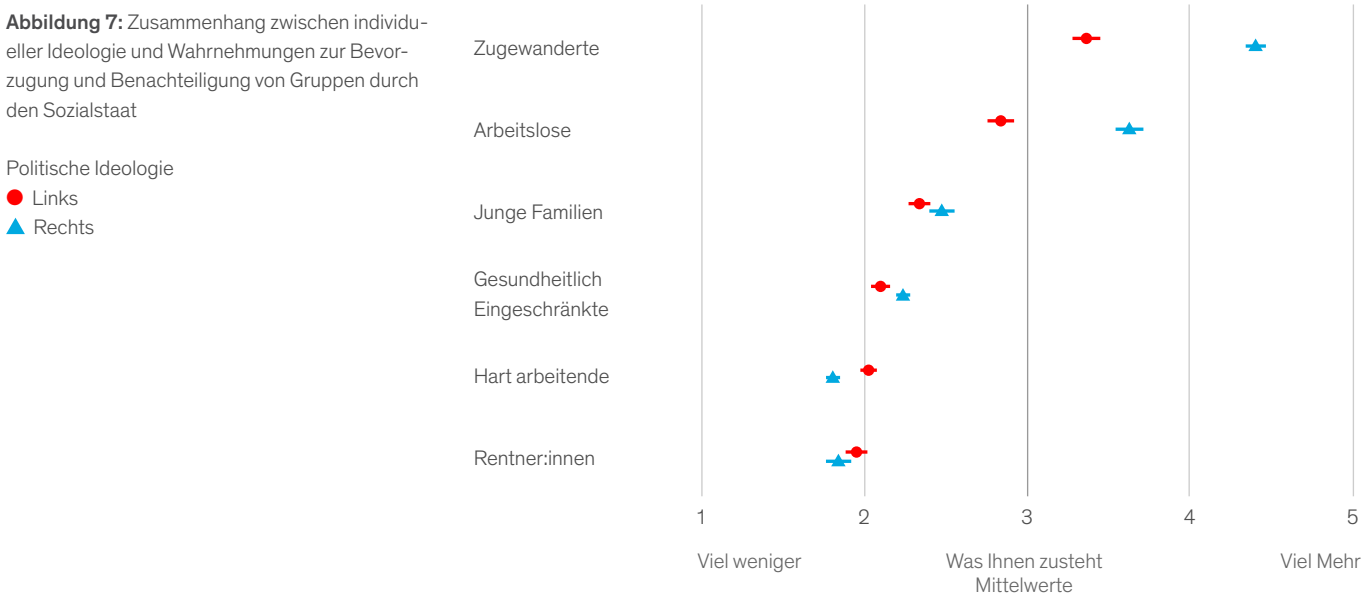
[5] Schneider, Anne Larason and Helen Ingram. 1997. Policy Design for Democracy. Lawrence: University of Kansas Press.

Sozialstaat mehr erhalten, als ihnen (aus Sicht der Befragten) zusteht. Dies hängt damit zusammen, dass von diesen Gruppen eher erwartet wird, einen eigenen Beitrag zu leisten, um sich aus ihrer sozialen Notlage zu befreien. Bei Migrant:innen und Geflüchteten kommt hinzu, dass diese Gruppen eine andere ethnische oder nationale Identität haben als die deutsche Mehrheitsbevölkerung.

Im Gegensatz dazu nehmen die Befragten für die Gruppen der Rentner:innen und der „hart arbeitenden Menschen aus der Mitte der Gesellschaft" eine unfaire Benachteiligung durch den Sozialstaat wahr. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass bei diesen Gruppen ein Missverhältnis zwischen ihren Beiträgen und Leistungen für die Gesellschaft und der spezifischen Unterstützung durch den Sozialstaat gesehen wird. Wieder ist es der Bereich der Altersrenten, in dem eine stärkere Ungleichbehandlung wahrgenommen wird. Neben den beiden genannten Gruppen nehmen die Befragten auch für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und junge Familien eine zu geringe Unterstützung durch den Sozialstaat wahr. Die Tatsache, dass die Wahrnehmungen von Benachteiligung durch den Sozialstaat für junge Familien weniger stark ausgeprägt ist als für Renter:innen, kann als Indikator einer generationenbezogenen Asymmetrie gedeutet werden: Die Gesamtbevölkerung scheint sich stärker mit den Bedürfnissen der Rentner:innengeneration zu solidarisieren als mit denen der jungen Generationen.

Auch hier beeinflussen individuelle Merkmale der Befragten die subjektiven Einstellungen und Wahrnehmungen maßgeblich. Beispielhaft soll hier lediglich auf die Rolle von individuellen Ideologien eingegangen werden: Abbildung 7 zeigt, dass die individuelle Ideologie einen wesentlichen Einfluss darauf hat, welche Gruppen als besonders benachteiligt oder bevorzugt wahrgenommen werden. Generell kann festgehalten werden, dass Befragte, die sich selbst als politisch „rechts" bezeichnen, sehr viel stärker zwischen der „deservingness" unterschiedlicher Gruppen unterschieden als solche, die sich auf der linken Seite des politischen Spektrums verorten. Dies hat vermutlich damit zu tun, dass Linke eine generell positivere Einstellung zum Sozialstaat haben und gleichzeitig eine höhere Solidarität mit benachteiligten Gruppen wie Arbeitslosen und Migrant:innen an den Tag legen. Bei Rechten ist die Unterstützung durch den Sozialstaat stärker konditional und eher davon abhängig, dass die jeweiligen Gruppen eine entsprechende Gegenleistung für die Gesellschaft und den Sozialstaat erbringen.

Abbildung 7: Zusammenhang zwischen individueller Ideologie und Wahrnehmungen zur Bevorzugung und Benachteiligung von Gruppen durch den Sozialstaat



Schlussfolgerungen und politische Implikationen

Die in diesem Policy Paper dargelegte Untersuchung hat verschiedene Indikatoren einer tief sitzenden Vertrauenskrise der Bürger:innen in den deutschen Sozialstaat identifiziert und analysiert. Diese Vertrauenskrise umfasst verschiedene Dimensionen – von allgemeinen Performanz-Wahrnehmungen über Fairness bis hin zu Fragen der langfristigen Finanzierbarkeit von Sozialleistungen – und verschiedene Teilbereiche des Sozialstaats. Trotz dieser Tatsache scheinen vor allem die Bereiche Altersrente und Gesundheitsversorgung besonders betroffen zu sein. Unsere Daten zeigen auch, dass die Menschen in Deutschland den Sozialstaat nicht automatisch und zwangsläufig als ungleichheitsmindernde Institution wahrnehmen. Vielmehr kann er selbst neue Verteilungskonflikte produzieren – insbesondere dann, wenn eine selektive Bevorzugung oder Benachteiligung unterschiedlicher Gruppen wahrgenommen wird. Die Vertrauenskrise in den Sozialstaat kann langfristig zu einer Vertrauenskrise in die Politik führen. Frühere Forschungsarbeiten des Exzellenzclusters zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie haben zwar gezeigt, dass generalisiertes politisches Vertrauen ziemlich stabil ist und selbst Krisen wie die Pandemie überstehen kann, auch wenn die Kritik am kurzfristigen Krisenmanagement wächst.[6] Über lange Zeiträume betrachtet kann sich eine Abwärtsspirale aus erodierendem Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates aber durchaus übertragen auf Misstrauen in die Leistungsfähigkeit und damit die Legitimität demokratischer Politik.[7]

Welche politischen Handlungsempfehlungen lassen sich aus den erzielten Befunden ableiten?

Erstens sollte es vordringlich darum gehen, das verloren gegangene Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates wiederherzustellen. Die Bereiche Rente und Gesundheit sind hierfür von zentraler Bedeutung und sollten daher in der reformpolitischen Agenda höchste Priorität haben. Die größtenteils demografisch bedingte Kombination aus steigenden Kosten, sinkendem Leistungsniveau und steigender Unsicherheit bei der Altersvorsorge der jüngeren Generationen hat sicherlich zu einer Erosion des Vertrauens in die Rente beigetragen. Reformstrategien sollten daher nicht nur darauf zielen, eine gute Balance zwischen den legitimen Interessen der unterschiedlichen Generationen zu finden, sondern auch darauf, durch gute Kommunikation und positiv besetzte Narrative das Vertrauen in das Rentensystem wiederherzustellen.

Zweitens deuten die Befunde zu den gruppenbezogenen Wahrnehmungen von Bevorzugung und Benachteiligung durch den Sozialstaat auf eine Diskrepanz zwischen subjektiven Wahrnehmungen und objektiven Tatsachen hin. Um ein Beispiel herauszugreifen: Obwohl heutige Rentner:innen ein hohes Maß an finanzieller und auch symbolischer Unterstützung durch den Sozialstaat erfahren, werden sie als benachteiligt wahrgenommen. Im Gegensatz dazu werden die relativ kleinen Minderheiten der Arbeitslosen und Geflüchteten als unfairer Weise bevorzugt wahrgenommen, obwohl sie in Bezug auf das individuelle Niveau ihrer gruppenbezogenen Sozialleistungen sowie der Gesamthöhe der Ausgaben für diese Bereiche des Sozialstaates wesentlich weniger Ressourcen in Anspruch nehmen als das Renten- oder Gesundheitssystem. Auch hier sollte in der politischen Kommunikation darauf geachtet werden, potenziell verzerrte subjektive Wahrnehmungen durch systematische Konfrontation mit objektiven Tatsachen herauszufordern. Dies ist deswegen von essenzieller Bedeutung, weil letztlich die subjektiven Wahrnehmungen das Wahlverhalten in zentraler Weise beeinflussen.

6 Busemeyer, Marius R. 2022. „The Welfare State in Really Hard Times: Political Trust and Satisfaction with the German Health Care System during the Corona Pandemic." Journal of European Social Policy 32(4):393-406.

7 Haugsgjerd, Atle and Staffan Kumlin. 2020. „Downbound Spiral? Economic Grievances, Perceived Social Protection and Political Distrust." West European Politics 43(4):969-90.

Autoren

Marius R. Busemeyer

Marius R. Busemeyer ist Professor für Vergleichende Politische Ökonomie am Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz und Sprecher des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“. Seine Forschungsschwerpunkte sind Wohlfahrtsstaatenforschung, Bildungs- und Sozialpolitik sowie öffentliche Meinung und individuelle Einstellungen zum Sozialstaat.

Felix Jäger

Felix Jäger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Das Ungleichheitsbarometer“ am Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“ an der Universität Konstanz. In seiner Forschung untersucht er die Einstellungen von Bürger:innen, hauptsächlich mithilfe (experimenteller) Umfrageforschung.

Universität Konstanz
Exzellenzcluster
„The Politics of Inequality“
Universitätsstraße 10
78464 Konstanz
T +49 7531 88-5772
cluster.inequality@uni-konstanz.de

Vorstand: Marius R. Busemeyer,
Claudia Diehl, Gabriele Spilker
Geschäftsführung: Thomas Wöhler

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

© Cluster of Excellence
„The Politics of Inequality.“

Das Progressive Zentrum e. V.

V. i. S. d. P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e. V.
Werftstraße 3, 10577 Berlin
T +49 30 400 542 55
mail@progressives-zentrum.org

Vorstand: Wolfgang Schroeder,
Judith Siller, Joachim Knodt
Geschäftsführung:
Dominic Schwickert

Lektorat: Das Progressive Zentrum

Redaktion: Annalena Kampermann,
Maria Menzel-Meyer

Bilder (S. 11):
Ines Janas

Gestaltung & Layout:
yella park

Impressum

The Politics of Inequality
Perceptions, Participation and Policies

ist ein interdisziplinärer Exzellenzcluster an der Universität Konstanz und wird seit Januar 2019 im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern gefördert. Die Kluft zwischen Arm und Reich, der weltweite Aufstieg von Populist:innen, die Lastenverteilung im Kampf gegen den Klimawandel, ungerecht verteilte Bildungschancen – in aktuellen Debatten geht es immer auch um Ungleichheit. Die Zusammenhänge sind komplex, an wissenschaftlich fundierten Antworten mangelt es aber noch. Hier setzen wir an und erforschen „The Politics of Inequality“ – die politischen Ursachen und Folgen von Ungleichheit.

– inequality.uni.kn
@excinequality
The Politics of Inequality
@excinequality.bsky.social

Gefördert durch:
DFG Deutsche Forschungsgemeinschaft
EXC-2035/1–390681379

Das Progressive Zentrum

ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit dem Ziel, neue Netzwerke progressiver Akteur:innen unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht Das Progressive Zentrum besonders junge Vordenker:innen und Entscheidungsträger:innen aus Deutschland und Europa in die Debatten ein. Die Themenschwerpunkte liegen entlang der drei Programmbereiche „Zukunft der Demokratie“, „Strukturwandel“ sowie „Internationale Beziehungen“ mit einem besonderen Fokus auf die europäische Integration und transatlantische Partnerschaft. Die Organisation hat ihren Sitz in Berlin und wirkt darüber hinaus in vielen Ländern Europas (u. a. Frankreich, Polen, Großbritannien) sowie in den USA.

– progressives-zentrum.org
@DPZ_Berlin
Das Progressive Zentrum
@dpzberlin.bsky.social

Weitere Policy Papers des Clusters
„The Politics of Inequality“
→ **https://www.exc.uni-konstanz.de/ungleichheit/forschung/publikationen/policy-papers/**